

**Antrag**  
**der Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD**

**und**

**Stellungnahme**  
**des Ministeriums für Inneres,  
Digitalisierung und Migration**

**Internationale rechtsextreme Gruppierungen  
in Baden-Württemberg**

**Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr zu Aktivitäten der Gruppierung „Combat 18“ in Baden-Württemberg vorliegen;
2. welche Erkenntnisse ihr über Schießtrainings im In- und Ausland vorliegen, die von „Combat 18“ oder deren Mitgliedern organisiert wurden;
3. welche Erkenntnisse ihr über Zahlungen einzelner Personen vorliegen, die Mitgliedsbeiträge an „Combat 18“ darstellen könnten;
4. welche Erkenntnisse ihr über Kontakte zwischen Personen aus Baden-Württemberg und W. B., einem der Gründer von „Combat 18“, vorliegen;
5. welche Erkenntnisse ihr zur Gruppierung „Atomwaffen Division“ vorliegen, insbesondere zu Aktivitäten, Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppierung in Baden-Württemberg;
6. welche Erkenntnisse ihr zu sonstigen internationalen Beziehungen rechtsextremistischer Gruppierungen aus Baden-Württemberg vorliegen;
7. welche Erkenntnisse ihr zu sonstigen Aktivitäten international agierender rechts-extremer Gruppierungen in Baden-Württemberg vorliegen.

24. 09. 2018

Dr. Weirauch, Binder, Drexler  
Hinderer, Stickelberger SPD

Eingegangen: 24.09.2018/Ausgegeben: 25.10.2018

**1**

### Begründung

Medienberichte der letzten Wochen haben die Aktivitäten von „Combat 18“ in Deutschland thematisiert, ein internes Regelwerk der Gruppierung dargestellt und einen möglichen „Schatzmeister“ der Gruppierung identifiziert. „Combat 18“ wird für mehrere Terroranschläge in Europa verantwortlich gemacht. Ebenfalls in Medienberichten wurde die weltweite Ausbreitung der „Atomwaffen Division“ thematisiert, einer kleinen Gruppierung, der es auf Grundlage eines kruden rechtsextremen/satanistischen Weltbilds um das ungehemmte Ausleben von Gewaltphantasien zu gehen scheint. Einige Mitglieder soll es auch in Deutschland geben. Aus Anlass dieser Berichterstattungen soll das Bedrohungspotenzial durch international vernetzte Rechtsterroristen erfragt werden.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 18. Oktober 2018 Nr. 4-1082.2/471 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. welche Erkenntnisse ihr zu Aktivitäten der Gruppierung „Combat 18“ in Baden-Württemberg vorliegen;*

Zu 1.:

Nach Kenntnis des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) existiert in Deutschland eine Gruppierung unter der Bezeichnung „Combat 18“.

Diese ist den „offiziellen“ „Combat 18“- Strukturen zuzuordnen, also jener Gruppierung, die im Jahr 1992 in Großbritannien als militante Gruppe zum Schutz von Parteifunktionären und Veranstaltungen der Partei „British National Party“ gegründet worden ist. Ein öffentlichkeitswirksames Auftreten der baden-württembergischen Mitglieder dieser Gruppe als „Combat 18“ ist nicht bekannt.

Nach Einschätzung des LfV ist festzustellen, dass Personen aus der rechtsextremistischen (Skinhead-)Szene, die beispielsweise T-Shirts mit „Combat 18“- oder „C 18“-Schriftzügen tragen („C 18“ als Code für „Kampftruppe Adolf Hitler“), regelmäßig nicht der „Combat 18“-Gruppierung angehören, sondern auf diese Weise ihrer Sympathie für die Gruppierung Ausdruck verleihen wollen.

*2. welche Erkenntnisse ihr über Schießtrainings im In- und Ausland vorliegen, die von „Combat 18“ oder deren Mitgliedern organisiert wurden;*

Zu 2.:

Die Bundespolizei hat im September 2017 zwölf Angehörige der Gruppierung „Combat 18“ nach deren Rückreise aus der Tschechischen Republik kontrolliert, die zuvor im Grenzgebiet an einer gemeinsamen Schießübung teilgenommen hatten. Es handelte sich hierbei um in der Bundesrepublik Deutschland wohnhafte Personen, von denen vier in Baden-Württemberg gemeldet waren. Bei der polizeilichen Kontrolle wurden Flintenlaufgeschosse und Gewehrmunition beschlagnahmt, weshalb gegen zwei nicht in Baden-Württemberg wohnhafte Personen Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet wurden.

*3. welche Erkenntnisse ihr über Zahlungen einzelner Personen vorliegen, die Mitgliedsbeiträge an „Combat 18“ darstellen könnten;*

Zu 3.:

Zur Finanzierung der Gruppierung „Combat 18“ liegen den baden-württembergischen Sicherheitsbehörden keine eigenen Erkenntnisse vor.

*4. welche Erkenntnisse ihr über Kontakte zwischen Personen aus Baden-Württemberg und W. B., einem der Gründer von „Combat 18“, vorliegen;*

Zu 4.:

Es liegen keine Erkenntnisse zu Verbindungen zwischen baden-württembergischen Rechtsextremisten und W. B. vor.

*5. welche Erkenntnisse ihr zur Gruppierung „Atomwaffen Division“ vorliegen, insbesondere zu Aktivitäten, Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppierung in Baden-Württemberg;*

Zu 5.:

In Bezug auf die Gruppierung „Atomwaffen Division“ ist bekannt, dass im Juni 2018 ein Internetvideo mit dem Titel „AWD DEUTSCHLAND: DIE MESSER WERDEN SCHON GEWETZT!“ und dem Untertitel „the beginning for Atomwaffen Division in Deutschland“ veröffentlicht wurde. In einer Sequenz des Videos werden Flaggen und Symbole der überwiegend in Süddeutschland bekannten rechtsextremistischen Gruppierung „Antikapitalistisches Kollektiv“ (AKK) gezeigt. Darüber hinaus liegen keine weiteren Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

*6. welche Erkenntnisse ihr zu sonstigen internationalen Beziehungen rechtsextremistischer Gruppierungen aus Baden-Württemberg vorliegen;*

Zu 6.:

In Baden-Württemberg wohnhafte Einzelpersonen, die der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen sind, pflegen mitunter Kontakte zu Rechtsextremisten im europäischen Ausland. Speziell in den Grenzregionen Baden-Württembergs zur Schweiz und zu Frankreich sind Kontakte zu Rechtsextremisten dieser Länder festzustellen.

*7. welche Erkenntnisse ihr zu sonstigen Aktivitäten international agierender rechtsextremer Gruppierungen in Baden-Württemberg vorliegen.*

Zu 7.:

Die international agierende rechtsextremistische Organisation „Hammerskins“, die auch in Deutschland aktiv ist, verfügt über Mitglieder aus Baden-Württemberg.

Strobl

Minister für Inneres,  
Digitalisierung und Migration